opłata pocztowa uiszczona gotówką.

Einzelpreis 20 Groschen.

Neues Schlesisches Tagblatt

Unabhängige Tageszeitung.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle, Bielsko, Pilsudskiego 13, Tel. 1029. Geschäftsstelle Katowice, ul. Mlynska 45-3. Erscheinungsweise: täglich morgens. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. Bankkonto: Schlesische Eskomptebank, Bielsko. Bezugspreis ohne Zusendung Zl. 4.— monatl., (mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Welt am Sonntag" Zl. 5.50), mit portofreier Zustellung Zl. 4.50, (mit illustr. Sonntagsbeilage Zl. 6.—). Anzeigenpreis: im Anzeigenteil die 8 mal gespaltene Millimeterzeile 16 Groschen, im Reklameteil die 6 mal gespaltene Millimeterzeile 32 Groschen. (Bei Wiederholung Rabatt).

3. Jahrgang. Freitag, den 17. Jänner 1930. Nr. 15.

Vor den schlesischen Wahlen.

Die ersten Folgen der Ankündigung.

Kaum ist die Wahlordnung für den Schlesischen Sejm dem Staatspräsidenten übermittelt und damit auf den Weg ihrer Verwirklichung geleitet worden, kaum hat der Minister des Innern Jozewski erklärt, daß im Frühling die Wahlen in den Schlesischen Sejm stattfinden werden, ist die Wahlgemeinschaftspresse und die Aktion der deutschen Abgeordneten, insbesondere aus Schlesien, und die ihnen verbündete „Polonia" auf die Wahlen abgestimmt worden. Und wieder finden wir die Herren Sozialdemokraten als Satteliten der Korfantyleute und der von ihnen so bekämpften Deutschen Wahlgemeinschaft.

Als erster Prellbock wurde der schlesische Abgeordnete der PPS.-Partei, Abg. Reger verwendet, der im Sejm eine demagogische Rede, die vor allem für seine Wähler bestimmt war, vom Stappel ließ. Wojewode Grazynski hat durch seine soziale Fürsorge für die Arbeiter, durch seine Aktion zur Schaffung von menschenwürdigen Wohnungsgelegenheiten für die Arbeiter erst recht den Zorn der PPS.-Partei auf sich geladen, da dieselbe mit Recht befürchten muß, daß diese Fürsorge des Wojewoden für die Arbeiter bei den einsichtigeren Arbeitern Widerhall finden und der Hetzpropaganda den Boden unter den Füßen entziehen wird.

Die „Polonja", die die Macht ihres Herrn und Gebieters Korfanty immer mehr sinken sieht, versucht durch gehässige Artikel gegen alles, was in irgend einem, selbst dem losesten Zusammenhange mit dem Wojewoden steht, die Popularität Korfantys wieder zu heben und dem mächtigen Feinde etwas auszuwischen. Die Kampfweise der „Polonja" ist aber allzu bekannt, als daß sie imstande wäre, irgend einen Einfluß auszuüben. Die letzten Affairen der Korfanty-Anhänger dürften auch sein Renommee nicht besonders gesteigert haben. Wer als Nationalheld begonnen und dann zum Verräter seiner eigenen Sache geworden ist, wird niemals mehr den Nimbus, der ihn einst umgeben hat, wiedererlangen.

Als dritter Faktor in diesem Kampfe tritt dann die Deutsche Wahlgemeinschaft auf. Wir sehen, daß der deutsche Klub des Sejm bestrebt ist, den schlesischen Abgeordneten Gelegenheit zu bieten sich Lorbeeren zu holen, die dann im Wahlkampfe ausgenützt werden könnten. Es handelt sich da nicht um die Verteidigung der deutschen Sache an und für sich, es handelt sich um die Erhaltung — an eine Erweiterung glaubt die Deutsche Wahlgemeinschaft selbst nicht — der Deutschen Wahlgemeinschaft bei den schlesischen Wahlen.

Dem Abg. Piesch muß die leidliche Paßfrage neue Popularität verschaffen. Diese Frage liegt so vielen Menschen am Herzen, daß der, der sie durchführt, der Dankbarkeit der Bevölkerung sicher sein kann. Eine andere Frage ist es, ob es das Verdienst des Abg. Piesch sein wird, wenn die Paßmauern, die Polen zum Nachteile des Prestige Polens im Auslande als einziges Land in Europa umgeben, endlich fallen sollten. Es muß wohl anerkannt werden, daß Abg. Piesch diese Frage wieder aufgegriffen hat und dieses Verdienst haben wir seinerzeit anerkannt und wollen es auch nicht schmälern. Aber wie merkwürdig war das Benehmen des Abg. Piesch, als die Paßgegner und Regierungsvertreter die Angelegenheit durch Zurücksendung des Antrages in den Budgetausschuß zu sabotieren versuchten. Er fand keine Worte der Erwiderung und ließ alles ruhig geschehen. Jetzt kommen aber die schlesischen Wahlen, jetzt bietet sich wieder ein geeigneter Moment, vor das Publikum zu treten, sich in die Brust zu werfen und zu sagen: „Hier stehe ich und durch meine ausdauernde Arbeit werde ich die Paßmauern niederreißen. Meine Stimme wird erschallen, wie die Trompete von Jerycho und ein Stein nach dem anderen wird von dieser Mauer abbröckeln, bis sie ganz unter der Wucht meiner Worte zusammenstürzen wird."

Und auch die anderen schlesischen Abgeordneten der Deutschen Wahlgemeinschaft werden jetzt trachten, aus ihrem lethargischen Schlafe zu erwachen und den Wählern in Erinnerung bringen, daß sie durch ihre Gunst auf den Schild gehoben wurden und auch ihre Pflicht erfüllen. Das Losungswort „Schlesische Wahlen" hat den Reihen der schlafenden Ritter Leben eingehaucht und wird sie solange wach halten bis — die Wahlen vorüber sind. Wieder werden demagogische Reden gegen die Regierung gehalten und zum Fenster hinaus gesprochen werden, denn diese Redeübungen sind die notwendige Vorbereitung zur Wahlagitation. Der strozende Wahl-Klingelbeutel wird sich mit dem normalen Klingelbeutel vereinen und seinen klingenden Inhalt ergießen über die Zugänglichen, um den nicht besonders überzeugenden Wahlreden der Herren von der Deutschen Wahlgemeinschaft nachzuhelfen. —

Bemerkenswert sind auch die Ausführungen der Wahlgemeinschaft- und Korfantypresse über die Gründe der Auflösung des schles. Sejm. Es bedarf wohl einer frechen Stirne und einer Unterschätzung der Urteilskraft der eigenen Leser, um den Mut aufzubringen, den Lesern mit derartigen Märchen aufzuwarten. Der schlesische Sejm — das wissen die gewesenen Abgeordneten desselben am besten — war bei der Methode, die die Opposition durch Sabotierung selbst der durch sie anerkannten Gesetzesvorlagen anwendete, nicht arbeitsfähig und nachdem die Opposition von derselben nicht ablassen wollte, verblieb kein anderer Ausweg, als den Sejm aufzulösen.

Die Frage der Ausschreibung der Wahlen wurde und wird auch oft und wissentlich zu Agitationszwecken verwendet, obwohl die Oppositionspresse ganz gut weiß, daß es ein Unding wäre, die Wahlen nach einer Wahlordnung durchzuführen, die mehr als ein Drittel der polnischen Einwohner Schlesiens des Wahlrechtes beraubte. Ein solches Ausmaß von Selbstverleugnung und einen solchen Verrat an der eigenen Nation kann wohl der verbissendste Deutschnationale von der polnischen Nation nicht erwarten.

Die schlesischen Wahlen bieten der deutschen Bevölkerung wieder die Gelegenheit, sich ein klares Bild von der Tätigkeit ihrer bisherigen Vertreter zu schaffen und sich zu überzeugen, ob der bisherige Weg der reinen Negation und die oppositionelle Einstellung um jeden Preis gegen alles, was von der polnischen Regierung kommt, die richtige Methode zur Erlangung der berechtigten Forderungen der deutschen Bevölkerung ist.

Ministerpräsident Bartel hat erklärt, daß er auf dem Standpunkte stehe, daß jeder loyale Staatsbürger ohne Unterschied der Konfession und Nationalität das Recht habe, aller den Staatsbürgern durch die Verfassung gewährleisteten Rechte teilhaftig zu werden. Die Worte des Ministerpräsidenten wurden dann sofort durch die Redner des Deutschen Klubs als „leere Phrasen", die in der Praxis ganz anders aussehen, bewertet. Das Vorgehen der jetzigen deutschen Abgeordneten hat aber bis heute noch keinen Beweis dafür erbracht, daß ihre Einstellung dem polnischen Staate gegenüber loyal ist. Im Gegenteile, die unter fremdem Einflusse stehenden Parteien haben öfters **unter Außerachtlassung der Interessen der deutschen Minderheit eine direkt feindliche Stellung eingenommen.** Abg. Piesch hat bei der Abgeordnetenversammlung in Kattowitz ausdrücklich erklärt, daß die deutschen Abgeordneten Willens seien gute polnische Staatsbürger zu werden, aber erst nach Erfüllung ihrer Forderungen.

Es ist eine alte Geschichte, daß zur Realisierung politischer, kultureller und wirtschaftlicher Forderungen immer der Schwächere den ersten Schritt machen muß, um seine guten Absichten zu beweisen und dann erst die Erfüllung derselben erwarten kann. **Deshalb sind wir der Ansicht, daß die deutsche Minderheit es versuchen muß, die berechtigten Wünsche durch eine Annäherung an die polnische Regierung durchzusetzen und die Politik der Negation endlich aufzugeben.**

Die Streichung des Dispositionsfonds des Innenministers.

Wieder scheint eine Desorganisation der Opposition ein Schnippchen geschlagen zu haben. In Oppositionskreisen bestand zuerst die Absicht, den Dispositionsfond des Innenministers beizubehalten, dann wollten einige oppositionelle Abgeordnete die Hälfte des 6 Millionen betragenden Dispositionsfonds streichen. Nach der Abstimmung im Budgetausschusse stellte sich aber heraus, daß fast der ganze Dispositionsfond bis auf den geringfügigen Betrag von 150.000 Zl. mit 15 gegen 9 Stimmen abgelehnt worden sei.

Die Oppositionsparteien wissen sehr gut, daß die Ablehnung des Dispositionsfonds eines Ministers bei den heutigen Organisationsverhältnissen eine fruchtlose Demonstration ist, denn aus dem Dispositionsfond werden auch Ausgaben gedeckt, die der Minister gezwungen ist zu machen und müssen dann diese Ausgaben im Falle der Streichung des Dispositionsfonds unter einem anderen Titel durchgeführt werden. Wir hoffen, daß der Sejm nach den hoffnungverheißenden ersten Tagen der Zusammenarbeit nicht wieder den Weg von Demonstrationsabstimmungen und parteiischen Kämpfen betreten und sich an die sachliche Kontrolle der Tätigkeit der Regierung und des Budgets halten wird, da sonst der Sejm sich selbst das Grab schaufeln würde. Wenn der Sejm heute wieder versuchen sollte, seine Zeit in nutzlosen Debatten und von Partei- und persönlichen Hasse getragenen Diskussionen zu vergeuden, so würde ihnen die Sejmfreundliche Einstellung des Ministerpräsidenten Bartel nichts helfen, da derselbe dann nicht imstande wäre, sein Programm in der Zusammenarbeit mit dem Sejm durchzuführen und wieder einem Regime wider oder ohne Parlament Platz machen müßte. Die Abgeordneten sollten doch endlich verstehen, daß die Regierung Bartel vielleicht der letzte Versuch ist, mit dem jetzigen Sejm zusammen zu arbeiten. Sollten sie auch diese von der Regierung ehrlich beabsichtigte Arbeit durch ihre Handlungen vereiteln, so würde derselben entweder die Auflösung des Sejm oder der Rücktritt vom Amte verbleiben.

Diese Abstimmung über den Dispositionsfond scheint aber auch in oppositionellen Kreisen nicht erwartet worden und auf eine schlechte Verteilung der Rollen zurückzuführen zu sein, denn auch oppositionelle Blätter können ihre Verwunderung über diese Abstimmung nicht verhehlen und trösten sich damit, daß dieselbe nicht endgültig sei und bei der dritten Lesung eine Korrektur erfahren werde.

Das Budget des Verkehrs-Ministeriums.

Warschau, 16. Januar. In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses haben die Beratungen über das **Budget des Verkehrsministeriums** begonnen. Der Berichterstatter Abg. Chadzynski bespricht die Schwierigkeiten der Staatsbahnen als Unternehmen, den Mangel an Betriebskapital und an Investitionskapital und die noch nicht geregelte Frage der Beamtenbesoldungen. Die Ueberschüsse der Staatsbahnen sind bedeutend, aber infolge Mangels an Investitionskapital müssen diese Beträge für laufende Investitionen verwendet werden, wodurch sie wiederum erschöpft werden und es an Barreserven fehlt. Der Referent ist der Ansicht, daß ein so riesiges Unternehmen, wie es die Staatsbahnen sind, immer über gewisse Barmittel verfügen mußte, um wenigstens bei Eintritt solcher Katastrophen wie die vorjährigen Fröste sie zur Verfügung zu haben. Als einzigen Ausweg sieht der Referent die Einschränkung des Investitionsprogrammes und Verringerung der Vorratskapitalien. Redner kündigt Anträge an, die die Anpassung des Investitionsprogrammes des nächsten Jahres an die Möglichkeiten zum Zwecke haben sollen.

Bei Besprechung der Rentabilität unserer Staatsbahnen bemerkt der Referent, daß der Erfolg des abgelaufenen Jahres nicht geringer war als der präliminierte und dies trotz der Frostkatastrophe. Dann bespricht der Referent die Transporttarife und betont hiebei, daß der Personentarif bei uns elastischer sein und gewisse Saisonermäßigungen vorsehen müsse, denn das würde den Verkehr im Inlande heben. Die neueste Tarifreform bildet da einen Schritt nach vorwärts.

Der neue Tarif ist elastischer als der frühere Tarif, besser dem wirtschaftlichen Leben angepaßt und gebührt, dafür dem Verkehrsministerium eine Anerkennung. Dann begründet der Referent die Notwendigkeit der Erhöhung des Tarifes für Exportkohle und kündigt einen entsprechenden Antrag an. Er kündigt auch die Erhöhung der Einnahmenquote um 30 Millionen an, da dieselbe immer höher ist als die präliminierte. Weiters berührt der Redner die Frage der Personalausgaben und der sachlichen Ausgaben und behauptet auch, daß die Frage des Gesetzes über die staatliche Aufsicht über die Kartelle bereits reif zur Entscheidung sei, wodurch eine Herabsetzung der Preise erlangt werden könne. Er spricht sich auch für die Einschränkung der materiellen Ausgaben aus.

Der Berichterstatter erklärt, daß die beschränkte, ihm zur Verfügung stehende Zeit es ihm nicht möglich gemacht habe, sich mit dem Vertrage mit der Firma Lilpop und der sie finanzierenden Gruppe Mellon näher zu befassen. Er beantragt somit, für diese Angelegenheit, für die Angelegenheit des Ankaufs der Kujawer Kleinbahn, des Vertrages mit Cook über die Belebung der Touristik, schließlich für die noch immer nicht erledigte Angelegenheit der „Orbis“ ein Subkomitee aus 7 Mitgliedern zu schaffen, bei deren Verhandlungen das Finanzministerium, das Verkehrsministerium und die Oberste Kontrollkammer vertreten sein sollen.

Der Referent bespricht auch die Frage der Verordnung über die Pragmatik und Pensionen und beantragt unter anderem im Teile der Einkünfte die Position des Personentransportes um 11.500.000 Zloty zu erhöhen und die Position für den Gütertransport um 17.700.000 Zloty. Die Exploitationsausgaben möchte er auf die Gesamtsumme von 5.259.000 Zloty reduzieren. Nach dem Antrage des Referenten würden dann die Ausgaben im Ganzen um 30 Millionen reduziert und die Einnahmen um 36 Millionen erhöht werden. Infolge dessen würden die Ueberschüsse 66 Millionen Zloty ausmachen.

Der neue Sowjethandelsvertreter in Deutschland.

Moskau, 16. Januar. Der stellvertretende Handelskommissär Ljubimoff ist zum Sowjethandelsvertreter in Deutschland ernannt worden.

Schiffszusammenstoß im New Yorker Hafen.

New York, 16. Januar. Im hiesigen Hafen stieß ein Frachtendampfer mit einem Schlepper zusammen, wobei sieben Kohlenbarken sanken. Die Polizei glaubt, daß die gesamte Besatzung gerettet worden ist.

Ein betrügerischer Rechtsanwalt.

Warschau, 16. Januar. Im Seehafen Gdingen kam es zu einem neuen Skandal. Der in der ganzen Stadt sehr geschätzte und beliebte Rechtsbeirat des polnischen Seeamtes, Dr. Zalewski, ist geflüchtet, nachdem er verschiedenen Personen 20.000 Zloty entlockt hatte. Es stellte sich heraus, daß Zalewski unter falschem Namen aufgetreten ist und sich mit einem gefälschtem Diplom legitimiert hatte. Der Betrüger wird von der Polizei steckbrieflich verfolgt.

„Kurjer Porannу“ vermutet, daß der Hochstapler, der in sämtliche Geheimakten des polnischen Seeamtes Einblick nehmen konnte, auch als Spion tätig gewesen war.

Neue deutsch-polnischeRoggenkonferenz

Berlin. 16. Januar. Laut „Vossischer Zeitung“ ist die deutsche Delegation aufgefordert worden, morgen in Warschau Verhandlungen über eine deutsch-polnische Roggenexportverständigung fortzusetzen. Die Kommission begibt sich heute nach Warschau. Ueber die Aussichten kann man sich in Anbetracht der vollständig veränderten Marktlage und der rückläufigen Roggennotierungen aber nur schwer ein Bild machen.

Macdonald über die englische Flottenpolitik.

London, 16. Januar. Ueber Englands Politik auf der bevorstehenden Londoner Flottenkonferenz äußerte sich der englische Ministerpräsident Macdonald gestern vor Pressevertretern. Macdonald führte unter anderem aus, die englische Regierung hoffe, daß die großen Schlachtschiffe nach Ablauf einer gewissen Zeit aus den Flotten der Seemächte verschwinden würden. Da eine sofortige Abschaffung der großen Schlachtschiffe zur Zeit nicht durchführbar sei, so werde die englische Regierung auf der Flottenkonferenz vorschlagen, daß die Lebensdauer der auf der Washingtoner Flottenkonferenz vor acht Jahren festgesetzte Zahl der Schlachtschiffe um fünf bis sechs Jahre verringert werden solle. Der Ersatz der veralteten Schlachtschiffe soll erst im Jahre 1936 erfolgen anstatt, wie im Washingtoner Abkommen vorgesehen, bereits im nächsten Jahre. Weiter erklärte der englische Ministerpräsident, daß die englische Regierung sich auf der Flottenkonferenz für die völlige Abschaffung der Unterseeboote einsetzen werde. Falls die sofortige Abschaffung der Unterseeboote nicht möglich sei, soll die englische Regierung wenigstens auf eine Verminderung der Zahl der Unterseeboote hinarbeiten. Zum Schluß teilte Macdonald mit, daß die Freiheit der Meere auf der kommenden Seeabrüstungskonferenz nicht zur Debatte stehen werde.

Die bolivianischen Flieger nach Berlin gestartet.

Dessau, 16. Januar. Das Junkersflugzeug mit den bolivianischen Fliegern Luizaga und Vagquez ist heute vormittag um 10.40 Uhr zum Fluge nach Berlin gestartet. Wann der Ueberseeflug angetreten wird, steht noch nicht fest.

Heute Abschluß im Haag.

Die Flüssigmachung der Reparationsschuld. — Regelung der Sanktionsfrage.

Haag, 16. Januar. Auf der Haager Konferenz wurde bis 2 Uhr nachts die Frage der Flüssigmachung der Reparationsschuld besprochen. Ein endgültiger Abschluß ist in dieser Frage noch nicht erzielt. Heute vormittag um dreiviertel 10 Uhr hat Reichsaußenminister Kurtius darüber mit dem französischen Ministerpräsidenten weiter verhandelt. Um einviertel 12 Uhr begann heute die Sitzung der sechs Hauptmächte. Man rechnet damit, daß die Abschlußtagung der großen Kommission heute nicht mehr stattfinden kann, sondern erst morgen, da über die Flüssigmachung der deutschen Schuld die Entscheidung noch nicht getroffen ist.

Berlin, 16. Januar. Zu der Regelung der Sanktionsfrage wird in Berliner politischen Kreisen darauf hingewiesen, daß eine Aeußerung des halbamtlichen französischen Nachrichtenbüros ausdrücklich auf die Beseitigung englischer Sanktionsmöglichkeiten schließen läßt, wie dies auch der deutschen Auffassung entspricht. Englische Sanktionen im Sinne des Versailler Vertrages seien nach der neuen Regelung künftig nicht mehr möglich. Auch das halbamtliche französische Nachrichtenbüro nennt für den äußersten Fall lediglich finanzielle oder wirtschaftliche Maßnahmen oder Beschlagnahmen gemäß dem internationalen Recht. Außerdem wird in der halbamtlichen französischen Erklärung hingewiesen, daß das Sanktionsrecht des Versailler Vertrages sich inzwischen völlig verändert habe.

Französische Blätter zur Sanktionsfrage.

Paris, 16. Januar. Zur Regelung der sogenannten Sanktionsfrage schreibt der im Haag weilende Außenpolitiker des „Journal“: Man könne sich fragen, ob es nicht besser gewesen wäre, auf die Anrufung des Haager Gerichtshofes zu verzichten. Es sei aber unmöglich gewesen, ein Verfahren ausfindig zu machen, daß allein die Interessen und Rechte Frankreichs wahre.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ schreibt aus dem Haag, die Deutschen hätten den Vertrag von Versaille nicht einmal indirekt durch eine neue Unterschrift bestätigen wollen. Tardieu habe ihren Widerwillen geschickt ausgenützt, um sie zu veranlassen, eine individuelle Aktionsfreiheit zugestehen, von der Frankreich 1920 und 1923 bei der Besetzung von Frankfurt und bei der Ruhrbesetzung Gebrauch gemacht habe, die Frankreich aber durch das Londoner Abkommen vom 30. August 1924, das auf Herriot zurückzuführen sei, aufgegeben hatte.

Der Außenpolitiker des „Petit Journal“ im Haag erklärt, es sei so gut wie sicher, daß die Sanktionsmaßnahmen eher wirtschaftlicher und finanzieller als militärischer Art sein würden, d. h. sie würden im Geist des Völkerbundsstatutes und des Kelloggpaktes ergriffen werden. Die Doppelerklärung im Haag biete eine wertvolle, durch Deutschland als legitim anerkannte Grundlage für die Anwendung der internationalen Rechtsprechung.

Haag, 16. Januar. Die Verhandlungen über die Mobilisierungsfrage sind auch im Laufe der heutigen Vormittagssitzung der sechs Mächte, die gegen ein Uhr holländischer Zeit zu Ende ging, nicht zu einem Abschluß gekommen. Eine gewisse Annäherung liegt insofern vor, als von deutscher Seite das Zugeständnis angeboten worden ist, während der Zeit vom 31. Januar 1930 bis 1. April 1931 keine Reichsanleihe im Auslande aufzulegen unter der Voraussetzung, daß für den Bedarf der Reichsbahn und der Reichspost an Anleihemitteln in der Zwischenzeit ausreichende Vorkehrungen getroffen werden. Um die dahingehenden Fragen zu klären, ist der Generaldirektor der deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dorfmüller, nach dem Haag gebeten worden, der morgen vormittag hier eintreffen dürfte. Mit Rücksicht auf seine Zuziehung ist die nächste Sitzung der sechs Mächte zur Weiterbehandlung der Mobilisierungsfrage auf morgen nachmittag fünf Uhr festgesetzt worden.

Entsprechend einem Vorschlage des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer, wird in der Zwischenzeit heute nachmittag mit den Bankteilnehmern insbesondere mit dem amerikanischen Vorsitzenden des Organisationskomitees für die B. J. Z., Reynolds, Fühlung genommen, um über die praktischen Fragen der Anleihebegebung zu verhandeln. Dabei handelt es sich um die erste Tranche in Höhe von voraussichtlich 800 Millionen Reichsmark und um die von der Gegenseite, insbesondere von dem französichen Sachverständigen Levevre, anerkannten Anleihebedürfnisse der Reichsbahn und der Reichspost in Höhe von etwa 500 Millionen Reichsmark.

Das Verhandlungskapitel „Liquidation der Vergangenheit“ steht zunächst noch offen, da die Mobilisierungsfrage, die von vornherein eine für Frankreich entscheidende war, zunächst im Vordergrunde steht.

Die Sitzung der ersten Kommission, zu der auch die eingeladenen Mächte gehören, die die formelle Annahme der ganzen Beschlüsse vornehmen soll, kann heute infolge der nicht erreichten vollkommenen Einigung nicht mehr stattfinden. Man wird erst morgen mit der Sitzung rechnen können. Am Sonnabend wird dann die Unterzeichnung des Schlußprotokolls stattfinden.

Schlußsitzung des Völkerbundrates.

Zehnjährige Gedenkfeier.

Genf, 16. Januar. Die heutige Schlußsitzung der 58. Ratstagung galt im wesentlichen nur der Feier der zehnten Wiederkehr der Eröffnung der ersten Ratstagung. Zaleski würdigte die politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Verdienste der Tätigkeit des Völkerbundes. Seit seinen Anfängen habe der Völkerbund die Zahl seiner Mitglieder wachsen sehen und sei ein weitspannendes Unternehmen täglicher und universeller Zusammenarbeit geworden. Abgesehen von der direkten Regelung von Streitfragen, habe sich sein Einfluß in allen internationalen Beziehungen fühlbar gemacht.

Das einzige Ratsmitglied, daß an der ersten Ratstagung wie auch an der heutigen Gedenkfeier teilnahm, Quinones de Leon (Spanien), unterstrich die Bedeutung der vor drei Jahren mit dem Eintritt Deutschlands erfolgten Erweiterung des Völkerbundsrates als ein besonderes Zeichen der erzielten Fortschritte auf dem Wege zur Verwirklichung der internationalen Verständigung und des Friedens.

Vor Abschluß der Tagung verlas Zaleski noch ein Telegramm von Reichskanzler Müller, in dem dieser für die warmherzige Kundgebung des Völkerbundsrat zur Ehrung des Gedächtnisses des ersten deutschen Ratsmitglieds Dr. Stresemann dankte.

Mittelmeerabkommen und Flottenabrüstung.

Aussprache Briand — Grandi.

Paris, 16. Januar. Ueber die gestrige Unterredung zwischen dem französischen Außenminister Briand und dem italienischen Außenminister Grandi äußert sich die französische Presse ausführlich. Wie es in den Pariser Blättern heißt, habe sich die Unterhaltung zwischen Briand und Grandi mit den gesamten französisch-italienischen Beziehungen beschäftigt, insbesondere mit der Frage der Flottenabrüstung und eines Mittelmeerabkommens. Der französische Außenminister habe unter anderem vorgeschlagen, so erklärt ein in außenpolitischen Fragen gelegentlich gut unterrichtetes Pariser Blatt, den französisch-italienischen Gegensatz in der Flottenfrage dadurch beizulegen, daß Frankreich sich verpflichte im Mittelmeer nicht eine größere Flotte zu halten, als Italien.

Weiter berichtet das französische Blatt, daß Briand vorgeschlagen habe, die Frage der Grenzänderungen zwischen der nordafrikanischen französischen und italienischen Kolonie aufs Neue unverzüglich aufzugreifen.

Anweisungen für die japanische Delegation.

London, 16. Januar. Nach der Meldung eines englischen Blattes aus Tokio hat das japanische Marineministerium die japanischen Sachverständigen auf der Flottenkonferenz angewiesen, die Frage der Kreuzer und Unterseeboote vorläufig nicht zu erörtern, da bei den bisherigen Vorbesprechungen zwischen den amerikanischen und japanischen Sachverständigen eine Grundlage für eine Verständigung nicht erzielt worden sei. In japanischen Marinekreisen sei man enttäuscht darüber, daß Japans Anspruch auf eine Kreuzerstärke von 70 Prozent des Kreuzerbestandes Englands und Amerikas nicht anerkannt worden sei.

Bismarcks französischer Gegenspieler.

Zum 50. Todestag Jules Favres am 19. Januar.

Im Zeichen der Haager Konferenz gewinnt der 50. Todestag Jules Favres erhöhtes Interesse, dem vor sechzig Jahren die undankbare Aufgabe zugefallen war, den verlorenen Krieg zu liquidieren. Als Advokat hatte Favre im Sturmjahr 1848 die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt und an den Arbeiten der konstituierenden Versammlung bedeutenden Anteil genommen. Der überzeugte Republikaner hatte gegen Louis Napoleon Stellung genommen und war nach dessen Wahl zum Präsidenten der Republik in offene Opposition eingetreten. Durch den Staatsstreich Napoleans, der seiner politischen Laufbahn zeitweise ein Ende bereitete, sah sich Favre gezwungen, seine Advokatentätigkeit wiederaufzunehmen. In die Deputiertenkammer wieder gewählt wurde der glänzende Redner das Haupt der antiimperialistischen Gruppe der sogenannten „Unversöhnlichen“ und der Führer der gegen die kriegerische Politik des Kaisers ankämpfenden Opposition. Im allgemeinen Kriegstaumel gehörte Favre mit Thiers und Gambetta zu den wenigen Politikern, die sich den klaren Blick nicht hatten trüben lassen. Er verlangte in der denkwürdigen Sitzung der Deputiertenkammer vom 15. Juli 1879 die Vorlegung der „Depeschen“ die der Außenminister Oliver, der Mann „mit dem leichten Herzen“, als Kriegsfall bezeichnet hatte, und stimmte, als diese Vorlegung aus begreiflichen Gründen abgelehnt wurde, gegen die angeforderten Kriegskredite.

Jules Favre war es auch, der nach der Katastrophe von Sedan und der Gefangennahme des Kaisers Napoleon in der Nachtsitzung der Deputiertenkammer vom 3. auf den 4. September die Absetzung der napoleonischen Dynastie und die Einsetzung einer Regierung der nationalen Verteidigung durchsetzte, in der er selbst das Portefeuille des Ministeriums des Auswärtigen Amtes übernahm. Was er für dieses Amt mitbrachte, war eine glänzende Rednergabe und ein glühender Patriotismus, dessen leidenschaftliche Phraseologie aber nicht von der staatsmännischen Einsicht und dem diplomatischen Geschick beherrscht wurde, die in so kritischer Situation unbedingtes Erfordernis war. Das zeigt schon das Rundschreiben, das der neue Minister des Auswärtigen am 6. September an die diplomatischen Agenten Frankreichs im Auslande richtete, indem er Deutschland für den Krieg verantwortlich machte und emphatisch erklärte, Frankreich werde „keinen Zoll von seinem Landgebiet und keinen Stein von seinen Festungen“ abtreten.“ Es war für Bismarck keine schwere Aufgabe, diesem von kurzsichtigem Optimismus eingegebenen Appell die einfache Logik der Tatsachen entgegenzustellen. Das geschah in einem vom 13. September datierten Rundschreiben, in dem Bismarck die Notwendigkeit betonte, materielle Bürgschaften für die Sicherheit Deutschlands und damit für den europäischen Frieden zu erstreben. Dieser Bürgschaftsfriede aber war nur in Paris zu finden, das für Frankreich mehr als jede andere Hauptstadt ihrem Lande bedeutet, und das jetzt das unmittelbare Ziel der deutschen Kriegsführung wurde. Ehe die Belagerung von Paris aber noch begann, machte Favre auf eigene Faust noch einen Versuch, den deutschen Bundeskanzler umzustimmen. Er erbat und erhielt durch englische Vermittlung eine Unterredung im Hauptquartier zu Ferrieres, aber auch dort wieder gefiel er sich in hochklingenden Phrasen, die auf einen nüchternen Realpolitiker vom Schlage Bismarcks am allerwenigsten Eindruck machen konnten. Einen sachlichen Charakter nahmen die Verhandlungen erst in einer zweiten Unterredung am 20. September an, in dem das Gespräch auf den Waffenstillstand kam. Als aber Bismarck unter den Bedingungen die Uebergabe von Straßburg nannte, sprang der französische Unterhändler, wie vom Schmerz übermannt, vom Stuhl und machte seinem verletzten Gefühl in leidenschaftlichen Worten Luft, deren Ueberschwang Bismarck mit der kühlen Bemerkung abschnitt: „Es ist eine reine Artilleriefrage, binnen wieviel Tagen Straßburg fallen wird.“ Bismarcks Hinweis, daß am Ende der Pariser Pöbel die Herrschaft an sich reißen könne, wurde mit den stolzen Worten: „Paris hat keinen Pöbel“ zurückgewiesen. Gekränkt verabschiedete Favre sich von Bismarck, dessen Größe gleichwohl auf dem Franzosen nicht ohne Eindruck geblieben war, wie Favres Buch „Die Regierung der nationalen Verteidigung“ bezeugt.

Nach der Kapitulation von Metz wurde die Lage in Paris unhaltbar. Noch am 2. November hatte die Regierung das Aufgebot in Massen angeordnet und damit die Politik, die Thiers später eine „Politik von Tollhäuslern“ nannte, in Permanenz erklärt; aber wohl oder übel mußte Favre unter dem Druck seiner Regierungskollegen mit dem deutschen Hauptquartier schließlich doch neue Unterhandlungen anknüpfen. Am 23. Januar 1871, dem 129. Tage der Einschließung von Paris, kam er in Versailles an. Er wollte vor allem Paris einen triumphalen Einzug der Deutschen ersparen. Daneben aber drang er mit einer Heftigkeit, für die er später Gott und die Menschen um Verzeihung bat, darauf, daß den Nationalgarden die Waffen belassen würden, eine Forderung, deren Erfüllung die militärische Organisation der Kommune überhaupt möglich machte. Am Abend des 28. Januar wurde dann ein Waffenstillstand zunächst von 21 Tagen unterzeichnet. Am 26. Februar kam nach schwierigen, von Thiers und Favre geführten Verhandlungen der Präliminarfriede von Versailles auf der Grundlage der Abtretung des Elsaß und eines Teiles von Lothringen mit der Festung Metz sowie der Zahlung von 5 Milliarden Francs zustande. Die Summe dieser Kriegsentschädigung war für die damalige Zeit eine phantastische, unfaßbare Ziffer, sie erschien denn auch den französischen Unterhändlern so undiskutabel, daß Favre zum Beweis ihrer Unmöglichkeit darauf verwies, daß ein Mann, der seit Christi Geburt jeden Tag einen Goldfranc gezählt habe, heute noch lange nicht auch nur annähernd auf die Höhe der genannten Summe gekommen sein könnte, ein Einwand, den Bismarck mit den sarkastischen Worten entkräftete: „Auch dafür haben wir gesorgt. Dieser Herr“ — dabei wies er auf den als Finanzsachverständigen zu den Verhandlungen zugezogene Berliner Bankier Gerson Bleichröder — „zählt schon seit Erschaffung der Welt“. Nach der Annahme des vorläufigen Friedens durch die Nationalversammlung von Bordeaux wurde dann am 10. Mai 1871 in Frankfurt a. M. der endgültige Frieden zwischen Deutschland und Frankreich unterzeichnet. Seit diesem Tage war Julius Favre ein gebrochener Mann. Schon am 22. Juni schied er aus dem Ministerium aus und beteiligte sich nur noch selten an den parlamentarischen Verhandlungen, wozu auch kompromittierende Enthüllungen über seine Familie beitrugen. Zum Mitglied des Senats gewählt, starb er in Versailles am 19. Januar 1880.

Friedrich Berka

Wie Cook entlarvt wurde.

Aus den Erinnerungen des englischen Journalisten Sir Philip Gibbs. — Northcliffe und seine Redakteure. — Ein fluchender König. — „Neues vom Tage“.

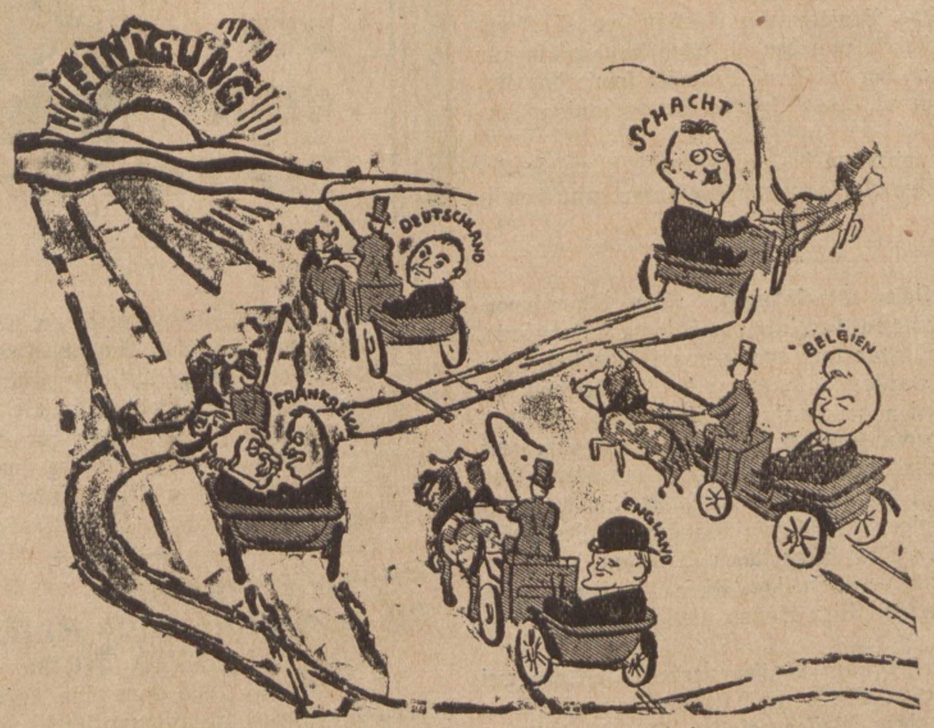
Der seinerzeit vielgenannte „Entdecker des Nordpols“, Cook, ist dieser Tage begnadigt und aus dem Zuchthaus entlassen worden.

„Der Beruf eines Journalisten ist nicht leicht. Er hat viel zu arbeiten und oft wenig Aussicht, daß seine Arbeit belohnt wird. Auch der erfolgreichste Journalist kann nicht auf seinen Lorbeeren ruhen; er muß stets gewärtig sein, Nackenschläge entgegenzunehmen.“ Das ist das Urteil eines der populärsten englischen Journalisten, Sir Philip Gibbs, der soeben seine Erinnerungen unter dem Titel „Abenteuer eines Juornalisten“ veröffentlicht hat .Gibbs erinnert sich noch der idyllischen Zeiten, in denen eine ziemlich belanglose Rede im Parlament und ein Zusammenstoß auf der Straße als Sensation galten. Die Umwälzung auf dem Gebiet der Reportage begann in den Vereinigten Staaten. Der Reformator der englischen Presse im amerikanischen Sinn war Alfred Harmsworth, der nachmalige Lord Northcliffe. Als Herausgeber der „Daily Mail“ und vieler anderer Zeitungen erweiterte er die Rubrik „Neues vom Tage“, in der jede Kleinigkeit als Sensation aufgemacht werden sollte. Lord Northcliffe regierte seine Redaktion diktatorisch. Täglich versammelte er seine Mitarbeiter zur Konferenz, und er behandelte sie nicht viel besser als Schuljungen. Allerdings durfte jeder seine Meinung sagen; und wer einen guten journalistischen Vorschlag machte, wurde sofort belohnt. Northcliffe war eine zynische Spötternatur. Sir Gibbs behauptet, niemals von ihm eine ernste Meinung gehört zu haben. Alles belächelte er, ohne sich jedoch einen doppelsinnigen oder gar obszönen Witz zu erlauben. Eines Tages kam Lord Northcliffe in schlechtester Stimmung von einer Reise durch Deutschland nach London zurück. „Ich habe gar keinen Stoff in diesem Lande gefunden“, sagte er in verdrießlichster Laune seinem Mitarbeiter Gibbs. „Haben Sie vielleicht etwas, das man als Neues vom Tage aufmachen könnte?“ Gibbs überreichte dem Allgewaltigen mehrere Artikel über höchst aktuelle Themen. „Alles Unsinn!“, sagte Northcliffe und warf die Artikel in den Papierkorb. Sirr Gibbs ging ins Nebenzimmer, holte die Kopien der fortgeworfenen Artikel, setzte neue, schlagkräftige Ueberschriften darüber und trat damit eine Stunde später ins Chefkabinett. „Hier habe ich etwas Neues gefunden“, sagte er. Lord Northcliffe warf einen Blick auf die „neuen Artikel“. „Ausgezeichnet“, rief er aus, „vortreffliche Arbeit. Sofort in die Setzerei!“ — „So sind sie nun einmal, die Herren Chefredakteure“, bemerkt der Autor der aufschlußreichen Memoiren. Sir Gibbs hatte sich als Interviewer spezialisiert. Ihm lag es ob, alle möglichen Leute, Könige, Prinzen, Finanzmagnaten, Hochstapler, Ehebrecher und Schmuggler auszufragen. Von Wilhelm 2. behauptete er, er sei der angenehmste Monarch gewesen, den er je zu interviewen gehabt habe. Einmal geschah es, daß Gibbs König Georg auf einem Rundgang durch ein noch nicht fertiges Gebäude begleitete. Der König beschmutzte sich seinen Anzug und stieß einen gräßlichen Fluch aus. „Ruhig, Georg“, sagte die Königin, „warte bis wir zu Hause sind.“

Die aufschlußreichsten Seiten des Buches beziehen sich auf die Entlarvung des Polarforschers Cook, an der Gibbs lebhaften Anteil nahm. Mit einem Heer von Journalisten, traf Gibbs in Helsingör ein, um Cook, womöglich als erster, zu interviewen. Der Mann, der den Nordpol entdeckt haben wollte, ließ sich aber nicht sprechen. Erst nach langwierigen Verhandlungen gelang es dem englischen Journalisten, zu Cook vorzudringen. Gibbs, der von Polarreisen wenig verstand, stellte einige belanglose Fragen, merkte aber, daß Cook bei seinen Antworten sehr unsicher war. Daraufhin bat Gibbs um die Erlaubnis, einen Blick in die Aufzeichnungen Cooks werfen zu dürfen, worauf Cook ihm zur Antwort gab, er habe kein schriftliches Material mitgebracht. Gibbs gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden und drang, da er Verdacht geschöpft hatte, weiter in den Polarforscher. „Sie haben doch sicher ein Reisetagebuch geführt und astronomische Beobachtungen gemacht“, sagte der Journalist. Cook wurde ungeduldig und erwiderte: „Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, daß ich gar keine Papiere bei mir habe“. Dann fuhr der Polarforscher aufgeregt fort: „Sie haben Nansen, Amundsen und Sverdrup geglaubt; von ihnen haben Sie keinen Beleg verlangt. Warum wollen Sie mir nicht glauben?“ Dieser Protest schien dem Journalisten erst recht verdächtig. Er ließ nicht locker und setzte Cook weiter zu, der immer nervöser wurde. Jetzt war Gibbs überzeugt, daß Cook ein Schwindler sei, zumal der Polarforscher schließlich die Herrschaft über sich selbst verlor. Einige Tage später sangen alle Zeitungen der Welt dem „Entdecker des Nordpols“ Lobeshymnen. Nur eine einzige Zeitung, der „Daily Chronicle“, erlaubte sich, Cooks Bericht als Humbug zu bezeichnen. Die dänische Presse gab diese Nachricht in Fettdruck wieder. — „Politiken“ nannte Gibbs einen Lügner und Mörder, und der englische Journalist lief Gefahr, in Kopenhagen gelyncht zu werden. Nun galt es für Gibbs, die Wahrheit seiner Behauptungen zu beweisen. Inzwischen hatte Cook der Universität von Kopenhagen einen Bericht über seine astronomischen Beobachtungen erstattet. So behaupteten wenigstens englische Zeitungen, Gibbs begab sich zum Rektor der Kopenhagener Universität und stellte fest, daß die Nachricht erfunden war. Er telegraphierte das Ergebnis seiner Recherche triumphierend an seine Zeitung, mußte aber am nächsten Tage ein Dementi seines Interview mit dem Rektor lesen. Noch einmal erhob sich ein Sturm gegen Gibbs, der es jedoch fertigbrachte, vom Rektor ein Dementi des Dementis zu erhalten. Da Cook inzwischen zum Ehrendoktor der Universität ernannt worden war, wollte der Rektor ihn nicht desavouieren. Er erzählte, er habe einen Bericht Cooks empfangen, das aber nicht stimmte. Das zweite Dementi war der Auftakt zu einer UUntersuchung, die schließlich zur Entlarvung Cooks führte.

Schacht tut nicht mehr mit.

Nachdem die deutsche Delegation sich im Haag mit den übrigen Mächten über die technischen Einzelheiten geeinigt hatte, wurde das Verhandlungswerk durch nen Brief des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht erneut bedroht, der in Frage stellte, ob die Reichsbank sich an der internationalen Zahlungsbank beteiligen werde. Die Einigung ist aber doch erfolgt. Dr. Schacht geht seinen eigenen Weg.



Er fährt seinen eigenen Weg.

Wojewodschaft Schlesien.

Nachklänge des Demonstrationsstreikes

In Verbindung mit dem eintägigen Demonstrationsstreik am 6. November v. J., welchen die Gewerkschaften der Arbeitsgemeinschaft geführt haben, haben die Arbeitgeber den Arbeitern diesen Tag als Urlaubstag in Abzug gebracht. Die Arbeitgeber haben diesen Tag als ein unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit betrachtet. Einige Mitglieder der Gewerkschaften haben sich daher an den Demobilmachungskommissar mit dem Ersuchen gewendet, in dieser Angelegenheit zu intervenieren.

Am 10. Januar hat der Demobilmachungskommissar vom Arbeitgeberverband in dieser Angelegenheit ein Schreiben folgenden Inhaltes erhalten:

In Erledigung des Schreibens des Herrn Demobilmachungskommissars vom 19. Dezember 1929 K. D. 571-13 erklären wir hiermit folgendes: In den Kreisen der Arbeitgeber sind Beratungen im Gange, welche dahin gehen, gegen die Gewerkschaften eine Schadenersatzklage einzureichen wegen des wilden Streikes am 6. November v. J., welcher den Hütten einen erheblichen Schaden zugefügt hat. Aus diesem Grunde sind wir nicht in der Lage den 6. November als einen berechtigten Arbeitstag anzuerkennen.

Oberschlesischer Arbeitgeberverband
der Berg- und Hüttenindustrie.

Bielitz.

Neue Brotpreise. Der Magistrat der Stadt Bielitz teilt mit, daß ab 17. d. M. folgende Brotpreise festgesetzt sind: 1 Kilo Brot aus 65-prozentigen Kornmehl 44 Groschen, 1 Kilo Brot aus Schrotmehl 40 Groschen. Uebertretungen der Preise werden nach den bestehenden Gesetzen bestraft.

Kattowitz.

Ausgabe eines Jahrbuches der Vereinigung der Wissenschaften Schlesiens.

Die Vereinigung der Wissenschaften, welche im Jahre 1920 gegründet worden ist, hat das erste Jahrbuch, welches 298 Seiten umfaßt, herausgegeben. Das Jahrbuch enthält Artikel über den historischen Werdegang und die Verbreitung der Vereinigung sowie mehrere Artikel über das intellektuelle Problem in Schlesien. Das größte Interesse finden die Artikel des Kanonikus Dr. Schramek, welcher in Schlesien als Sachverständiger der Heimatkunde bekannt ist, über das Thema „Die Zusammenarbeit der Schul- und Kirchenbehörden in Oberschlesien und „Die wissenschaftliche Arbeit in Oberschlesien“, des Dr. Olszewicz über „Schlesien und Baltik“, des Minister Kiedron über „Die Eisenbahn Oberschlesien—Gdynia als das wichtigste Wirtschaftsproblem Polens“, des Prälaten Londzin und Dr. Dobrzycki über „Die Holzkirchen in Oberschlesien, des Dr. Lutmann über „Die polnische Literaturgeschichte Oberschlesiens“, des Dr. Dobrowolski über „Die Abteilung der Kunst und das schlesische Museum in Kattowitz“ sowie Herrn Wallisa über „Die oberschlesischen Tänze“ u. s. w.

Magistratsbeschlüsse.

Am Dienstag hat eine Sitzung des Magistrates stattgefunden. In der Sitzung hat die Angelegenheit der Bestimmung von Bauplätzen für Volksschulen eine größere Aussprache hervorgerufen. Der Referent hat nachgewiesen, daß in Kattowitz etwa 100 Klassen fehlen und der Bau von Volksschulen außerhalb des Stadtzentrums nicht dem Bedarf entspricht, vielmehr eine unbedingte Notwendigkeit besteht, im Stadtinnern Volksschulen zu erbauen. Der Magistrat erwartet daher für die nächste Sitzung konkrete Vorschläge.

Die Zuteilung von Turnhallen an die einzelnen Sportvereinigungen erfolgt über Vorschlag der Sportabteilung.

Dem Städteverband Polens wurde eine Subvention von 1000 Zloty für die Stärkung des Fonds zur Unterstützung der Witwen der polnischen Literaten bewilligt.

Ferner wurden mehrere Gemeindestatuten angenommen. Die Statuten behandeln jene Bauhäuser, welche an noch nicht fertiggestellten Straßen liegen.

Darauf wurde das Projekt zum Ausbau der ul. Powstancow auf dem Abschnitt von der ul. Sienkiewicza bis zur ul. Plebiscytowa bezw. der ul. Krol. Jadwigi sowie das Kanalisierungsprojekt der ul. Kosciuszki bei den bebauten Parzellen genehmigt.

Der Wasserpreis wird um 3 Groschen erhöht, welche Erhöhung vom Kattowitzer Kreisausschuß gefordert und bewilligt wurde.

Von der Literarischen Vereinigung. Die Monatsversammlung der Literarischen Vereinigung hat am Sonnabend, den 11. d. M., stattgefunden und wurde von 16 Personen besucht. In der letzten Vorstandssitzung wurde ein Beschluß gefaßt, zu der in Schlesien bestehenden Vereinigung für Wissenschaften einen engeren Kontakt herbeizuführen, um die Mitarbeit an der Verbreitung der Literatur zu erweitern. Vor einigen Tagen erschien die erste Nummer, der im 4. Jahrgang stehenden 14-tägigen Zeitschrift „Na strazy“. In dieser Ausgabe wurden die ersten öffentlichen Arbeiten der Mitglieder der Vereinigung veröffentlicht. Diese Arbeiten sind in einer fünf Seiten starken „literarischen Beilage“ zusammengefaßt.

Ein Kind durch siedendes Wasser verbrüht. Der zwei Jahre alte Knabe Stefan Menczyk in Siemianowitz ist in einen Topf mit kochendem Wasser gefallen. Das Kind ist an den erlittenen Verletzungen gestorben. Der Unfall entstand dadurch, daß das Kind unbeaufsichtigt in der Wohnung zurückgelassen worden war.

Bergmannslos. Am Dienstag, um 10 Uhr abends, stürzte auf der Ferdinandgrube ein Pfeiler ein. Dabei wurde der 23 Jahre alte Füller Alfons Nowak, aus Bogutschütz, von Kohlenmassen verschüttet. Er war auf der Stelle tot. Die Bergbehörden haben eine Untersuchung eingeleitet, um die Ursache des tödlichen Unfalles festzustellen.

Betrügereien der Firma „Rola“. Seit kurzer Zeit bestand in Kattowitz auf der ul. Ks. Damrota die Firma „Rola“, ein landwirtschaftliches Handelshaus. Diese Firma suchte durch Zeitungsinserate einen Inkassanten, welcher eine Kaution von 1000 Zloty zu hinterlegen hatte. Unter diesem Deckmantel haben die Firmeninhaber von mehreren Personen eine größere Summe Bargeld herausgelockt und sind in unbekannter Richtung geflüchtet. Personen, welche durch die Firma geschädigt worden sind, melden sich persönlich im Kriminalamt in Kattowitz, ul. Zielona 28, Zimmer 90, oder beim nächsten Polizeikommando.

Brand durch Unvorsichtigkeit. Im Keller des Dr. Reichmann auf der ul. 3-go Maja in Kattowitz entstand ein Brand. Der Brand wurde rechtzeitig bemerkt und von den Hausbewohnern gelöscht. Die Ursache des Brandes ist im achtlosen Fortwerfen eines Zigarettenstummels zu suchen.

Einbruchsdiebstahl in eine Pfarrei. In der Nacht zum Dienstag haben unbekannte Diebe einen Einbruch in die Pfarrei der Antoniuskirche in Siemianowitz verübt. Die Diebe haben aus der Kasse 698 Zloty Bargeld gestohlen. Die Polizei hat eine energische Nachforschung eingeleitet, um die Einbrecher festzustellen.

Schadenfeuer. Auf dem Dachboden der Bäckerei der Litandragrube in Nowy Bytom ist ein Brand entstanden. Die Ortsfeuerwehr hat den Brand gelöscht, ehe ein größerer Schaden verursacht worden war. Durch die ersten Untersuchungsergebnisse wurde festgestellt, daß die Ursache des Brandes in einer fehlerhaften Konstruktion des Backofens zu suchen ist.

Königshütte.

Verteilung der Jubiläumsuhren. Die feierliche Ueberreichung der Jubiläumsuhren an die Arbeiter und Beamten für 25-jährige Dienstzeit in der Vereinigten Königs- und Laurahütte findet am Sonntag, den 19. d. M. statt. Es sind etwa 600 Arbeiter und Beamte, die auf eine 25-jährige Dienstzeit zurückblicken können. Die Feierlichkeit wird durch einen Gottesdienst eingeleitet. Nach der Uhrenverteilung werden die Jubilare bewirtet.

Myslowitz.

Magistratsbeschlüsse.

In der letzten Magistratssitzung wurde beschlossen der Stadtverordnetenversammlung das Projekt der Vereinbarung mit der Eisenbahndirektion in Kattowitz vorzulegen, welches die Angelegenheit der Wasserversorgung für den Bau des Eisenbahnmagazines, der Wohnhäuser sowie des Wasserturmes der Eisenbahn regelt.

Ueberdies wurde der Bericht über die Entsendung von 208 Kindern aus Myslowitz in die Sommerkolonie im Vorjahre bestätigt.

Rybnik.

Kircheneinbruch. In die Kirche in Chwalowitz sind unbekannte Diebe mit Hilfe von Nachschlüsseln eingedrungen. Sie haben den Opferkasten gewaltsam geöffnet und den Geldinhalt geraubt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Diebstahl. Aus der Wohnung der Hedwig Adamczyk in Radziejow haben unbekannte Diebe zwei Bettdecken, einen Herrenanzug sowie andere Gegenstände im Gesamtwerte von 400 Zloty gestohlen.

Schwientochlowitz.

Die geheimnisvolle Aktentasche mit 3000 Zloty.

Am 1. August 1928 kam eine Privatbeamtin auf das Polizeikommissariat in Bismarckhütte und meldete, daß sie am 20. Juli 1929, um 2.15 Uhr nachmittag, auf der ul. Krakowska, in der Nähe des Bahnhofes in Bismarckhütte eine Aktentasche mit 3000 Zloty Bargeld gefunden habe. In der Nähe der Fundstelle sollen sich zwei männliche Personen befunden haben, die die Beamtin aufgefordert haben, die Aktentasche herauszugeben. Sie hat sich jedoch geweigert, dies zu tun und die Aktentasche einem auf der Straße befindlichen Polizeifunktionär übergeben. Die Nachforschungen zur Feststellung des Eigentümers der Aktentasche sind ergebnislos verlaufen. Auch ist keine Verlustanzeige oder ein Diebstahl einer Aktentasche mit dem genannten Geldbetrag zu verzeichnen. Zum Zwecke der restlosen Aufklärung des Fundes mögen sich der Eigentümer sowie die Zeugen dieses Vorfalles, insbesondere die beiden bezeichneten Personen, welche die Privatbeamtin aufforderten, ihnen die Aktentasche zu übergeben, am Kriminalamt in Kattowitz, ul. Zielona, oder im nächsten Polizeiamt melden.

Gartenbauvereinigung. Der Verband der Hausbesitzer der Kolonie Dr. Grazynski in Schwientochlowitz hat in der letzten Sitzung nach einem Vortrag über den Gartenbau des Referenten Wlosek von der Gartenbauvereinigung beschlossen, eine Gartenkolonie auszubauen. Die Besitzer der Häuschen besagter Kolonie sind gleichzeitig Mitglieder der Gartenbauvereinigung, welche 208 Mamilien umfaßt. Jedes Mitglied besitzt einen Garten, in welchem Obstbäume gepflanzt werden und einen Gemüsegarten angelegt wird. Die Initiatoren der Gartenbauvereinigung sind der Präses des Verbandes der Häuserkolonie Olejnik und der Sekretär desselben Verbandes Kochanek.

Folgen der Unsitte des Aufspringens auf die fahrende Straßenbahn. In welch leichtfertiger Weise Kinder ihr Leben auf das Spiel setzen, zeigt folgender Vorfall, welcher sich am Mittwoch in Nowa Wies ereignete. Die 8-jährige Schülerin Ursula Slawik versuchte in den fahrenden Straßenbahnwagen nach Königshütte einzusteigen. Dabei geriet sie unter die Räder des Wagens, welche ihr beide Beine erheblich verletzte. Sie wurde in das Krankenhaus in Königshütte eingeliefert.

Theater

Freitag, den 17. ds. abends 8 Uhr, im Abonnement (Serie rot) „Kapitän Braßbounds Bekehrung“ Komödie in 3 Akten von Bernard Shaw. Ende 10. Uhr.

Am Samstag, den 18. ds., abends 8 Uhr, außer Abonnement (zu ermäßigten Preisen), „Die Sachertorte“, Lustspiel in 3 Akten von R. Oesterreicher und S. Geyer.

Am Sonntag, den 19. ds. nachmittags 4 Uhr, außer Abonnement, „Die spanische Fliege“, Schwank in 3 Akten von Arnold und Bach. (Ermäßigte Preise.) Ende nach halb 6 Uhr.

Am Sonntag, den 19. ds., abends 7 Uhr, außer Abonnement, neu einstudiert: „Einen Jux will er sich machen“, Posse mit Gesang in 4 Aufzügen von Johann Nestroy. Regie: Josef Krastel. Es spielen: Zangler, Gewürzkrämer in einer kleinen Stadt — Herbert Herbe, Marie, dessen Nichte und Mündel — Lisa Makula, Weinberl, Handlungsdiener — Josef Krastel, Christopherl, Lehrjunge — Rudolf Steinböck, Kraps, Hausknecht — Alexander Marten, Frau Gertrud, Wirtschafterin — Ellen Garden, Melchior, ein vazierender Hausknecht — Peter Preses, August Sonders — Julius Benesch, Hupfer, ein Schneidermeister — Ludwig Soewy, Madame Knorr — Johanna Kurz, Frau von Fischer — Hansi Jarno, Fräulein Blumenblatt — Edith Aschauer, Philippine, Putzmacherin — Else Walaszczyk, Lisette, — Marta Sturm, ein Lohnkutscher — König, ein Wächter — Artur Ristock, Rab — Ludwig Soewy, Kellner — Artur Grad.

Was sich die Welt erzählt.

Raubüberfall in der Stadtsparkasse in Rosberg.

Ein raffinierter Raubüberfall wurde in diesen Tagen in der Stadtsparkasse in Rosberg bei Beuthen verübt. Am hellen Tage drangen fünf Banditen in die Kassenräume ein. Unter Bedrohung mit Pistolen mußten sich die Beamten auf den Boden legen. Die Banditen raubten 2000 Mark und suchten zu entkommen. Einen größeren auf einem Tisch liegenden Geldbetrag haben die Banditen nicht bemerkt. Die Polizei hat die sofortige Verfolgung aufgenommen. Zwei Banditen namens Josef Korwat aus Bobrek sowie Gerhard Siwek aus Schomberg wurden verhaftet. Zwei Banditen flüchteten. Als der fünfte Bandit sah, daß auch er in die Hände der Polizei fallen werde, erschoß er sich.

Die Forschungen im Nemi-See.

Rom, 16. Januar. In Mittelitalien sollen im Nemi-See noch weitere Schiffe aus der römischen Kaiserzeit versenkt sein, wie der Leiter der Ausgrabungsarbeiten im Nemi-See in einem Vortrage mitteilte. Die Arbeiten zur Trockenlegung des Nemi-Sees werden seit zwei Jahren durchgeführt, um die Prunkschiffe frei zu legen, die dort in der römischen Kaiserzeit versenkt wurden. Bisher gelang es, eines dieser Schiffe bereits aus dem Grund des Sees zu heben.

Erdbeben

New York, 16. Januar. Im Westen der Vereinigten Staaten von Amerika wurde in der Stadt Los Angeles ein Erdbeben verspürt. Der Erdstoß dauert eine halbe Minute.

Abtransport der deutsch-russischen Flüchtlinge nach Uebersee.

Hamburg, 16. Januar. Reichskommissar Stücklen, der anläßlich des ersten Abtransportes deutsch-russischer Auswanderer mit dem Hamburg-Süddampfer „Monte Olivia" nach Brasilien in Hamburg eingetroffen ist, hat einem Vertreter des W. T. B. eine Darstellung der gegenwärtigen Situation in der Aktion der Unterbringung der Auswanderer gemacht. Nach den Erklärungen des Reichskommissars befinden sich rund 6000 Flüchtlinge auf deutschem Boden, die sich auf die Lager Hammerstein, Prenslau und Mölin verteilen. Dem Reichskommissar liegen verschiedene Anerbieten für die Aufnahme der Deutschrussen von Kolonialgesellschaften vor. Die hanseatische Siedlungsgesellschaft „Hammonia" bei Blumenau in Brasilien hat sich bereit erklärt, 250 Familien aufzunehmen. Diejenigen Deutschrussen, die sich bisher für Brasilien gemeldet haben, bilden den am Donnerstag abgefertigten ersten Transport von rund 190 Personen.

Aufdeckung einer Falschmünzerwerkstatt.

Wernigerode, 16. Januar. Der hiesigen Polizei gelang es, eine Falschmünzereiwerkstatt auszuheben. Als Täter kommen der Händler Weidemann und der wegen Falschmünzerei bereits vorbestrafte Schlosser Radisch in Frage die falsche Zweimarkstücke geprägt und bereits in Umlauf gebracht hatten. Die Polizei beschlagnahmte das Handwerkzeug der Verbrecher. Aufgedeckt wurde die Tat dadurch, daß die Polizei in der Wohnung einer Frau, die durch Vergiftung Selbstmord begangen hatte, wegen des Selbstmordes eine Haussuchung vornahm, wobei sie in der Wohnung der Selbstmörderin die Falschmünzerwerkstatt vorfand.

Die Papageienkrankheit.

Düsseldorf, 16. Januar. Von zwei vor etlichen Tagen in das hiesige Theresien-Hospital eingelieferten, von der Papageienkrankheit befallenen älteren Damen, zwei Schwestern, ist die eine gestorben. Ihr erkrankter Papagei war schon vor der Einlieferung der beiden Damen verendet.

Steinkohlenvorkommen im Jeschken-Gebirge.

Zittau, 16. Januar. Wie die „Zittauer Morgenzeitung" aus Gablonz berichtet, wurden Steinkohlenvorkommen am Südhange des Jeschkengebirges durch Bohrungen, die der Gablonzer Großindustrielle Redlhammer vornehmen ließ, bei Liebenau und Jilowe (Bahnlinie Reichenberg Turnau) festgestellt. Bis zu einer Tiefe von 300 Metern wurden 12 übereinander gelagerte, ausgedehnte Steinkohlenflöze festgestellt, deren stärkster 4.5 Meter mächtig ist. Der größte Teil der Flöze ist abbauwürdig. Eine in Bildung begriffene Aktiengesellschaft wird das Kohlenvorkommen, das bis vor kurzem von geologischer Seite noch bestritten wurde, ausbeuten.

Die Ausstellung in Barcelona geschlossen

Barcelona, 16. Januar. Die internationale Ausstellung in Barcelona wurde gestern geschlossen. Die Ausstellung hat acht Monate gedauert. Die spanische Abteilung der Ausstellung bleibt noch einige Zeit geöffnet.

Sportnachrichten

Änderung in der Aufstellung der polnischen Eishockeymannschaft.

Im letzten Moment erlitt die polnische Repräsentativmannschaft, die zu den Eishockeyweltmeisterschaften nach Chamonix fährt, eine Schwächung, da Szenajch aus beruflichen Gründen nicht ins Ausland fahren kann. Seinen Platz in der Mannschaft wird Krygier einnehmen, der mit Tupalski und Sabinski den Angriff bilden wird. Als Ersatz fahren Marchewczyk und Weißberg. Im übrigen blieb die Mannschaft unverändert.

Die Repräsentativmannschaft hat am Mittwoch um 19.30 Warschau verlassen und sich unter der Leitung des Obmannes des P. Z. H. L. Herrn Polakiewicz auf die Reise begeben. Ein Teil der Mannschaft, der in Zakopane weilt, schließt sich unter Leitung Waclaw Kuchars in Dziedzice der Expedition an.

Das erste Spiel der polnischen Mannschaft findet am 18. d. M. gegen Kanada in Davos statt.

Boxkampf Lodz — Oberschlesien.

Sonntag, den 19. d. M. findet ein Boxkampf Lodz—Oberschlesien in Lodz statt. Die Paarung in den einzelnen Gewichtskategorien lautet:

Moczko—Rydzynski, Pyka—Pawlak, Gorny—Cyran, Wochnik—Ganzarek, Bara—Seweryniak, Wieczorek—Meyer Jozef, Garstecki—Stahl, Wocka—Stibbe. An erster Stelle sind die oberschlesischen Boxer genannt.

Bronislaw Czech — Sieger im kombinierten Lauf in Westerheim.

Montag und Dienstag starteten einige polnische Skiläufer in Westerheim und errangen hiebei große Erfolge.

Im 18 km Langlauf, 1. Klasse gewann Bronek Czech, in der 2. Klasse Ustupski, ebenfalls ein Pole.

In den Sprungkonkurrenzen besetzte der sich in glänzender Form befindliche Burghardt (HDW.) mit Note 340 den ersten Platz (39, 43 und 47 m). Den zweiten Platz besetzte Bronek Czech mit Note 327 (40, 43 und 40 m), den dritten Lankosz (Polen) mit Note 237.

Im kombinierten Lauf wurde Czech mit Note 687 Erster. Im Paarspringen besetzte Czech mit Burghardt den ersten Platz. Den Wettkämpfen sahen viele tausende von Zuschauern zu, welche den Sieg Bronek Czechs enthusiastisch begrüßten.

In der Juniorenklasse gewann der 15-jährige Zakopaner Marusarz mit Note 202 (21, 17 und 20 m). Außer Konkurs erreichte derselbe 38 m.

Petkiewicz und die amerikanische Presse.

Im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten, die Petkiewicz in Amerika in den Weg gelegt wurden, schreibt „Die neue Welt":

Ein ungewöhnlicher Vorfall auf dem Gebiete des Internat. Sportes war der Beschluß der Boykottierung der hiesigen Laufbahnen durch die sportlichen Organisationen Englands, Deutschlands, Italiens und Finnlands.

„Die Ursachen dafür sind zweifacher Art. Einmal der Argwohn des hiesigen Leichtathletikverbandes (A. A. U.), der die auswärtigen Teilnehmer verdächtigt, gegen Bezahlung anzutreten, zweitens die Sperre einer Anzahl von Laufbahnen für die auswärtigen Läufer und Bestimmung der Startplätze für dieselben. Die diesjährigen Meisterschaften der A. A. U., die am 9. März in Atlantic-City stattfinden sollen (bei welchen auch Petkiewicz startet) versprechen daher wenig interressant zu werden.

Zum Boykott, mit welchen die ausländischen Verbände auf das argwöhnische Verhalten der A. A. U. geantwortet haben, hat die Angelegenheit des Polen Petkiewicz und des Finnen Purje viel beigetragen. Trotzdem die beiden Läufer in ihrem Vaterland eine Anzahl von Rekorden aufgestellt und hervorragende Klasse gezeigt haben, wurde ihnen auf Grund des argwöhnischen Verhaltens der A. A. U. Startverbot erteilt.

Die Absage der A. A. U. an die Adresse Petkiewicz war mit „Umständen, die Verdacht erwecken könnten" motiviert. Das ausübende Komitee hat es nicht für notwendig befunden, diesen geheimnisvollen Schritt aufzuklären. In Sportkreisen verlautet, daß es hier um einen gewissen Manager geht, der im Ausland in Amateur- und Professionalkreisen operiert.

Operation Gene Tunneys.

Der Exweltmeister aller Kategorien, Gene Tunney, hat sich Montag einer Gallensteinoperation unterzogen, die einen guten Verlauf genommen hat.

Internat. militärische Skiwettkämpfe.

Nach Mitteilungen aus Stockholm finden im Februar l. J. in Norwegen große internationale militärische Skiwettkämpfe statt. Das Norwegische Kriegsministerium hat bereits Einladungen an alle europäischen Staaten ausgeschickt.

DER GEIGER AUS DER ROLAND-BAR

ROMAN VON FRITZ POPPENBERGER

55. Fortsetzung

Die Verurteilung Protopoffs ist sicher. Dieser Hund, der es wagte, mich mit einer Peitsche zu schlagen, hat seinen gerechten Lohn dafür. Jetzt ist es acht Uhr abends. Die Verhandlung wird sicherlich schon geschlossen sein. Zur morgigen Schlußverhandlung muß ich gehen, ich werde mir doch nicht das Vergnügen entgehen lassen, zuzusehen, wie der schöne Herr Geiger verurteilt wird. Er wird nicht mehr in die Lage kommen, Ilse den Kopf zu verdrehen.

Hämisch vor sich hinlachend, zündete sich Suchlinski an Stelle der ausgebrannten Zigarre eine zweite an. Als ich dem Gerichtsdiener sagte, ich sei der Bräutigam Ilses, lehnte sie es gar nicht ab, dachte Suchlinski weiter. Jetzt, nachdem ihr „Geiger" mit den schmachtenden Augen hinter Schloß und Riegel verschwinden wird, bin ich ihr endlich auch gut genug. Nun, ein ganz hübsches Vermögen, das ich da einstecke, und der kleine blonde Käfer als Zugabe ist für einige Monate auch nicht von der Hand zu weisen.

Gerade stand Suchlinski auf, um sich von seinem Nachtkästchen die dritte Zigarette zu holen, als die Tür aufgerissen wurde und Luzie in das Zimmer trat. Suchlinski sah auf.

„Ah, du bist es. Was führt dich jetzt zu mir?" fragte er nicht gerade freundlich.

Luzie gab keine Antwort, sondern zog aus ihrem Täschchen die Puderdose und den Lippenstift und begann vor dem Spiegel ihr blasses, müde aussehendes Gesicht aufzufrischen.

„Was möchtest du eigentlich?" wiederholte Suchlinski ärgerlich. „Ich will jetzt ausgehen".

„Du willst jetzt ausgehen? Nun gut. Ich gehe mit".

„Fällt mir gar nicht ein, mit dir zu gehen. Ich habe gar keine Lust, mich mit dir unter Leuten zu zeigen".

Luzie war mit zusammengezogenen Brauen aufgestanden. „Was soll das heißen? Jetzt bin ich dir nicht mehr gut genug?"

„Aber laß mich in Ruhe", fuhr sie Suchlinski grob an. „Verschone mich mit deinen Szenen. Laß künftighin auch deine Besuche bleiben. Ich verlobe mich morgen offiziell mit der kleinen Merling".

„Was?" Luzies Augen nahmen einen drohenden Ausdruck an. „Gib acht, was du tust. Ich rate dir nochmals, laß diese Geschichten bleiben. Wir haben Jahre hindurch Freud und Leid geteilt, jetzt können wir nicht wieder ruhig auseinandergehen".

Suchlinski zuckte nervös mit den Schultern. „Schau, du mußt doch einsehen..."

„Nichts will ich einsehen", unterbrach ihn Luzie. Dann aber wurde sie wieder weicher. „Wladi, sei gescheit, es hat doch keinen Sinn für dich, allzulange auf einem Ort zu bleiben. Dein Baronstitel...

„Erspare dir deine Lehren. Ich weiß schon, was ich tue. Ich bin in der Gesellschaft eingeführt, ich werde geachtet, niemand würde ahnen..."

„Aber ich will es nicht", unterbrach ihn Luzie abermals. „Wladi, hör' mich doch".

Sie schmiegte sich eng an ihn an und legte ihren Kopf an seine Schulter.

Suchlinski drängte sie nervös zurück. „Laß mich in Ruhe! Ich gebe dir Geld, eine hübsche Summe..."

In Luzies Augen flammte es wild auf. „Ich brauche kein Geld. Als du keines hattest, gab ich dir oft meinen letzten Groschen. Ich will, daß du dieses Mädchen nicht mehr beachtest".

„Geh', mach' dich nicht lächerlich. Ich werde sie heiraten, und damit basta!"

Luzies Augen funkelten unheimlich. Sie trat nahe an Suchlinski heran und zischte: „Du vergißt, daß ich zuviel von dir weiß".

„Was? Du willst drohen?" stieß Suchlinski erregt hervor.

„Ja, Herr Baron", antwortete Luzie höhnisch.

Da stieg Suchlinski das Blut in den Kopf. Seine sonst bewegungslosen Züge nahmen einen brutalen Ausdruck an, und in höchster Erregung versetzte er der Wehrlosen einen wuchtigen Schlag in das Gesicht.

Luzie taumelte zurück und wurde schneeweiß. Nur der Schlag zeichnete sich gelbrot ab. Doch schien es, als hätte sie keinen Schmerz gespürt, ihre Augen weiteten sich, und langsam, wie mechanisch, schritt sie der Tür zu. Wie geistesabwesend drückte sie auf die Klinke, und verließ, die Tür offen lassend, die Wohnung Suchlinskis.

Dieser war ernüchtert zurückgeblieben. Plötzlich besann er sich und eilte zur Treppe.

„Luzie, Luzie, komm zurück. Mach' keine Dummheiten und schweige. Vergiß nicht, daß du als Mitwisserin auch bestraft wirst".

Fortsetzung folgt.

Volkswirtschaft

Die Frage des neuen Zolltarifs.

Unter den zahlreichen Arbeiten konstitutioneller Natur wird dem Sejm auch die Bestätigung eines Gesetzes von großer wirtschaftlicher Bedeutung zufallen. Die Regierung beabsichtigt nämlich, dem Sejm in kurzer Zeit den Entwurf eines neuen Zolltarifs vorzulegen.

Der gegenwärtig verpflichtende Zolltarif, der sich in seinen Grundzügen auf den ehemaligen russischen Tarif stützt, entspricht den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes nicht mehr. Auch die von der Regierung durchgeführte Aenderung beinahe aller Sätze genügte nicht, da das Wirtschaftsleben einen neuen, vollständig geänderten Zolltarif erfordert.

Um den neuen Tarif, der den Grundstock der polnischen Handelsbilanz bildet, in rechter Weise vorzubereiten, wurden vier Fachkommissionen mit Teilnahme hervorragender Gelehrter sowie der Vertreter der Wirtschaftskreise gebildet.

Die landwirtschaftliche, die chemische und die Textilkommission haben ihre Arbeiten schon beendet und dem Minister Kwiatkowski die entsprechenden Entwürfe vorgelegt. Die Beratungen der metallischen und technischen Kommission dauern noch an. Sobald auch diese letztere ihre Arbeiten beendet haben wird, werden die dazu berufenen Regierungsfaktoren mit der Bearbeitung des Entwurfes des neuen Zolltarifs beginnen, wobei sie sich auf die Gutachten der Fachkommission und die Wünsche der interessierten Wirtschaftskreise stützen werden.

Polnische Exportmöglichkeiten.

Das staatliche Exportinstitut hat die Industrie- und Handelskammer in Lodz davon benachrichtigt, daß aus Frankreich, England, Belgien, Deutschland und der Schweiz Anfragen über eine event. Lieferung von geschlachtetem Geflügel eingetroffen sind.

Dieser Information zufolge stellt sich die Ausfuhr von geschlachtetem Geflügel am günstigsten nach Frankreich. Leider ist infolge des Mangels an entsprechenden Gefrierräumen die Organisierung eines ständigen Exports auf größerer Basis vorläufig unmöglich. Dennoch ließe sich bei einigen Anstrengungen der Export geschlachteten Geflügels im Winter auch ohne Gefrieren durchführen.

Die Preise für Hühnchen (poulets frigorifiques), die in Paketen zu 12, 24 und 50 Klg. geschickt werden, schwanken zwischen 18 und 20 Franken pro Kilo.

Die interessierten Exporteure können ihre Offerten an die Firma „Les fils de J. Floccard, 7—11 rue Claudia, a Lyon" oder an das polnische Konsulat in Lyon richten.

Die Industrie- und Handelskammer in Lodz gibt folgendes bekannt:

Wiener Firma übernimmt die Vertretung polnischer Firmen, die Lebensmittelartikel exportieren möchten. — Tschechoslowakische Firma für automatisch abladende Karosserien von Lastautos übergibt ihre Vertretung einer polnischen Firma der Autobranche. — Holländische Firma möchte die Vertretung einer Fabrik für Möbelbezüge übernehmen. — Rumänische Agenturfirma übernimmt die Vertretung von Fabriken für Wolle, Baumwolle oder Kunstseide. — Tschechoslowakische Firma verkauft gelegentlich eine Partie Anilinfarben. — Wiener Firma übernimmt die Vertretung einer polnischen Schneeschuhe- und Galoschenfabrik. — Agenturfirma in Hamburg möchte mit Fabriken für Wolle, Baumwolle und Kunstseide in Handelsbeziehungen treten. — Berliner Firma möchte aus Polen nach Südafrika bunte gedruckte Kopftücher aus Baumwolle und Halbseide exportieren. —

Genaue Informationen erteilt die Industrie- und Handelskammer in Lodz.

Vom Kartoffelmarkt.

(Nach Mitteilungen der Kartoffelverwertungsfabrik Luban). In der seit dem letzten Bericht Ende Oktober abgelaufenen Zeit wurde im allgemeinen die Herbstkampagne beendet, da weitere Kartoffelmengen in ausreichender Menge nicht an den Markt kamen. Das Ergebnis dürfte hinter dem vorjährigen zurückstehen, woran der schleppende Absatz in den Herbstmonaten bei unzureichenden Fabrikatpreisen mit Schuld trägt. —

Aehnlich liegen die Verhältnisse in Deutschland, da sich die Fabriken dort bewußt Beschränkungen in der Verarbeitung auferlegten, um den Markt vor allzu großer Beunruhigung zu bewahren und die Preise für „Superior"-Mehl bei 28 bis 30 Mark zu stabilisieren.

Hollands Produktion ist, wie zu erwarten war, noch nicht beendet und dürfte das Ergebnis des Vorjahres erreichen. Um den Markt zu erweitern und soweit möglich Maismehl und Sagomehl vom Markt zu verdrängen, sowie die Konkurrenz anderer Länder weitmöglichst fern zu halten, ermäßigte Holland seine Notierungen weiterhin auf 11.75 Gulden fob Amsterdam. Zeitweise Erhöhung der Preise scheiterte vorerst an verstärktem Angebot russischen Mehles. —

Der Inlandsmarkt bot keinerlei Anregungen. Die Preise bröckelten weiterhin auf 42 Zl. für „Superior" hochfein. 41 Zl. für „Superior" und 40 Zl. für „Prima" ab. —

Sirup und Glukosen: Die Preise unverändert. Auftragseingang und Abnahme der Ware ist befriedigend, obwohl etwas geringer als im Vorjahr, wohl im Zusammenhang mit der allgemeinen Verschlechterung der Wirtschaftslage. Da zur Zeit eine gewisse Export-Möglichkeit wieder einmal besteht und „Sekunda"-Mehle infolge der geringeren Produktion nur wenig angeboten werden, ist mit einer gewissen Materialknappheit zu rechnen, falls keine stärkere Frühjahrskampagne einsetzt. —

Kartoffelflocken: Die gedrückten Preise des letzten Berichtes, schw. Fr. 12—12.25 franco deutsch-polnische Grenze, konnten um ein geringes anziehen, da in diesem Jahre Dänemark neben der Schweiz wieder als Käufer auftrat. Es werden schw. Fr. 12,50 für prompte Ware. Fr. 12.75 für spätere Monate frei Grenze erzielt. Der Preis verbleibt für den Fabrikanten unrentabel. Produktion und Absatz sind stark zurückgegangen. Mit einer weiteren kleinen Erhöhung der Preise ist in nächster Zeit zu rechnen, da die Bestände verhältnismäßig nur gering sind und bei den heutigen Preisen wenig Abgabeneigung besteht. —

Polens Erlenausfuhr.

Die Kommission, welche aus Repräsentanten der Holzindustrie besteht, hat sich gegen die Erteilung von Ausfuhrbewilligungen geäußert, insolange, als bis die Situation in der Schlägerung des Erlenholzes sich aufklären wird, was im Laufe des Monats Januar geschehen kann. Wenn es sich zeigen sollte, daß die diesjährige Erlenschlägerung den inländischen Bedarf überschreitet, so wird der entstehende Ueberschuß auf Grund der durch drei kompetente Ministerien im Einvernehmen mit dem Hauptrat der Holzverbände erteilten Bewilligungen nach dem Auslande exportiert werden können. Im Rahmen des entsprechenden Kontingents werden wahrscheinlich diejenigen Firmen bevorzugt, welche sich mit Verträgen über Auslandslieferungen ausweisen können.

Es fand eine Sitzung des Ratausschusses für Holzangelegenheiten statt, in der beraten wurde, wie man die polnische Holzindustrie mit Rohmaterial, hauptsächlich die Dicktenfabriken mit roher Erle versehen soll. Die Exporteure waren für eine Vergrößerung der Ausfuhr, die Produzenten dagegen waren damit nicht einverstanden u. erklärten, daß die zur Verarbeitung benötigten Vorräte am Rohmaterial nicht verkleinert werden dürfen. Der Ausschuß hat der bisherigen Politik der Regierung in bezug auf die Versorgung der Dicktenfabriken mit Erle zugestimmt. Ferner wurde hervorgehoben, daß die inländischen Preise der jetzigen Weltkonjunktur angepaßt werden müssen. Es wurde auch die Frage der russischen Konkurrenz berührt, indem darauf hingewiesen wurde, daß der Sowjetentransit vom Bahntarife mehr als das Inland selbst profitiert. Das Komitee forderte die Beseitigung derartiger Vorrechte.

Radio

Freitag, 17. Januar.

Breslau. Welle 325: 16.00 Stunde der Frau, 16.30 Sonaten, 17.30 Kinderzeitung, 18.15 Jugend im Staate, 18.45 Entwicklung und Entfaltung schlesischer Dichtung, 19.15 Für die Landwirtschaft, 19.15 Abendmusik, Liederstunde, 20.30 „Herr Peter Squenz". Ein Schimpfspiel von Andreas Gryphius.

Wien. Welle 516.3: 11.00 Vormittagsmusik, 15.30 Schallplattenvorführung, 16.20 Akademie, 17.50 Die deutschen Winterkampfspiele in Krummhübel im Riesengebirge, 18.00 Vortragsreihe: Deutsch für Deutsche, 18.30 Erkältung als Krankheitsursache, 19.30 Italienischer Sprachkurs, 20.00 Uebertragung aus dem großen Konzerthaussaal: Schubert — Strauß. Anschließend Abendkonzert.

Prag. Welle 486.2: 11.15 Schallplattenmusik, 12.05 Landwirtschaftsfunk, 12.15 Brünn, 16.20 Kinderecke, 16.30 Nachmittagskonzert, 17.30 Deutsche landwirtschaftliche Sendung, 18.00 Landwirtschaftsfunk, 18.10 Arbeitersendung, 18.20 Brünn, 18.50 Einführung zur Oper, 19.00 Uebertragung aus dem Nationaltheater in Prag: „Jessika", Oper von J. B. Foerster, 22.20 Einführung zum Konzert, 22.25 Konzert der zeitgenössischen Musik.

Eigentümer: Red. C. L. Mayerweg, und Red. Dr. H. Dattner. Herausgeber: Red. Dr. H. Dattner. Verleger: Red. C. L. Mayerweg. Druckerei „Rotograf", alle in Bielsko.
Verantwortlicher Redakteur: Red. Anton Stafinski, Bielsko.